Überwachung – ein Spagat?

Die Überwachung des Datenverkehrs in öffentlichen Netzen, der Kommunikationsverbindungen und der Bewegung von Personen und Geräten ist längst allgegenwärtiges Geschehen. Ermöglicht wird sie durch die allgemein verfügbaren Techniken, Infrastrukturen und Dienste, mit denen die nützlichen Anwendungen für die Informations- und Wissensgesellschaft betrieben werden. Ein echtes – nicht aufhebbares – Dilemma besteht aber offensichtlich darin, dass sich auch der kriminelle Missbrauch in vielfältiger Form in diesen ‚Räumen‘ abspielt und so zur Kontrolle und Überwachung zum Zwecke der Strafverfolgung herausfordert. Andererseits ist die Ressource Information in Unternehmen, in vielen Behörden und auch politisch so wertvoll, dass ihr Schutz zu einer existentiell wichtigen Aufgabe geworden ist. Es könnte scheinen, als ob die Datensicherheit damit in guten Händen liegt. Die öffentliche Wahrnehmung von Wirkungen und Nebenwirkungen zu institutionellen Maßnahmen zum Schutz von Informationen ist häufig eine andere: Weil auch die Beschäftigten als potentielle Innentäter oder nur Fahrlässige gelten, richten sich Kontroll- und Überwachungsaktivitäten auch auf sie. Unter diesem Gesichtspunkt steht dann in der Regel die Gewährleistung der Rechte der Beschäftigten auf dem Prüfstand. Die zahlreichen ‚Datenschutzskandale‘ der letzten Jahre belegen eindrucksvoll die breite Palette der Verstöße gegen das Datenschutzrecht. Sie verdeutlichen aber auch die Notwendigkeit, die veränderte Lebenswirklichkeit in den Netzen im geltenden Recht zu berücksichtigen.

Fragen des Datenschutzes und der Gewährleistung der Privatsphäre werden sehr häufig im Hinblick auf die Entwicklungen im Internet gestellt. Hier sind – insbesondere durch die aktive Einbeziehung der Nutzer in ‚Soziale Medien‘ – Zusammenhänge betroffen, die weit über die in der Europäischen Datenschutzrichtlinie und in nationalen Datenschutzgesetzen erfassten Grundsätze hinaus gehen. Die Antwort auf diese Herausforderungen steht sowohl auf europäischer Ebene als auch national noch aus. Die Zauberformel ‚Modernisierung des Datenschutzrecht‘ schwebt bereits seit einigen Jahren als Verheißung über den verworrenen Zusammenhängen. Die Dokumentation der ernsthaften Bemühungen zu diesem Thema in unserer Fachzeitschrift enthüllt: Gesetzgeberisch ist in Deutschland in den drei letzten Legislaturperioden, obwohl markige Ankündigungen in den entsprechenden Koalitionsvereinbarungen enthalten waren, nichts Grundsätzliches auf den Weg gebracht worden. Dagegen ist das fragile Netz von sektor- und branchenspezifischen Regelungen weiter gewachsen.

Das Phänomen der Überwachung ist inzwischen auch außerhalb des Internet ein Gegensatz zu den Ansprüchen, die sich aus den Rechten der Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung und eine geschützte Privatsphäre ergeben. Das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit ist bei der fast überall im öffentlichen Raum zu erduldenen Videoüberwachung deutlich vorhanden. Trotz grundsätzlicher Festlegungen zur Zulässigkeit der Videoüberwachung im Bundesdatenschutzgesetz besteht weiterhin ein generischer Regelungsbedarf. Beispielhaft zeigt die aktuelle Diskussion zum Beschäftigtendatenschutz, dass auch hier die rechtlichen Vorgaben für die Überwachung eher lückenhaft als mit einem strategischen – auf Grundrechten beruhenden – Konzept entwickelt werden.

In diesem Heft sind exemplarisch einige Beiträge versammelt, die Einblick in den aktuellen Stand der gesetzlichen Vorgaben für eine Überwachung vermitteln oder gesetzgeberischen Handlungsbedarf anmahnen. Das Spektrum der Zuständigkeiten reicht dabei von der UN – im Falle der von *Herta Däubler-Gmelin* problematisierten Terrorlisten – über die Europäische Union und Deutschland – im Beitrag von *Constantin Abathe* – bis zu einem Bundesland im Artikel von *Heinrich Amadeus Wolff und Stefan Brink*. Weitere Impulse zum Thema vermitteln auch die Beiträge von *Mirko Andreas Wieczorek* und *Johannes Wiele*.

Und im Forum des Heftes wird die Überwachung – hier im Kontext der Vorratsdatenspeicherung – von *Amir Alsbih* ebenfalls angesprochen. Es geht um die bereits auch früher geführte Diskussion, ob die IP-Adresse definitiv eine Personenidentifikation ermöglicht. Zu dieser Frage sollte die konstruktive Analyse fortgeführt werden, um möglicherweise falsche Erwartungen an den Wert von Vorratsdaten zu verhindern.

Helmut Reimer